

## Inhalt der Sitzung vom 08.04.2013

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab BGM Schmitt bekannt, dass die TOP 7 und 8 direkt nach TOP 3 behandelt werden.

### TOP Ö 2

#### **Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO**

Die am Weihnachtsmarkt beteiligten Vereine Chorgemeinschaft, Hausfrauen, Landfrauen und der KKS erzielten einen Reinerlös für die Notgemeinschaft von 3.431,77 €. Aus dem Betrieb des Karussells wurden 186,20 € eingenommen, die zur Verminderung der Anmietungskosten für das Karussell verwendet werden. Das Karussell haben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte betrieben.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) bedankte sich im Namen der PL und gab die Zustimmung. Sie regte an, dass sich die Verwaltung bereits jetzt um ein passendes Karussell für den Weihnachtsmarkt bemüht.

GR Karl Schleich (CDU) bedankte sich im Namen der CDU und gab die Zustimmung.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD. Sie schlug im Namen der SPD vor, auf die Erhebung des Fahrtpreises von 50 Cent zu verzichten.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, warum das Jugendzentrum in der Aufstellung nicht erscheine? BGM Schmitt sagte, dass das Jugendzentrum die Gewinne dieses Mal für eigene Projekte erwirtschaftet habe. Hohl fragte weiter nach dem Kapitalstock der Notgemeinschaft. Er wollte wissen, wie mit Überschüssen zu verfahren ist. RAL Krohier sagte, dass laut Hauptsatzung der BGM für die Verwendung zuständig ist. Hohl gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

### TOP Ö 3

#### **Flurbereinigung Plankstadt (K 4147/L543/B535)**

#### **-Änderung der Stadt- bzw. Gemeindegrenzen von Eppelheim, Oftersheim und Plankstadt**

In verschiedenen Bereichen des betreffenden Flurneuordnungsverfahrens ist es aufgrund der Straßenführung der B 535 und des neuen Wege- und Gewässernetzes notwendig, eine Änderung der Gemeindegrenzen durchzuführen. Die Bereiche liegen im Süden der Gemarkung zur Gemeinde Oftersheim und überwiegend im Osten zur Stadt Eppelheim. Die Durchführung der Grenzänderung obliegt dem Rhein-Neckar-Kreis – Amt für Flurneuordnung – unter Zustimmung der beteiligten Gebietskörperschaften. Nach einer vorläufigen Berechnung gibt Eppelheim an Plankstadt 566,32 ar ab und erhält von Plankstadt 566,32 ar (keine Mehr- oder Minderfläche) Oftersheim gibt an Plankstadt 721,41 ar ab und erhält von Plankstadt 573,86 ar. Hier erhält Plankstadt eine Mehrfläche von 147,55 ar.

Zu dem TOP waren Herr Paul und Frau Veit vom Amt für Flurbereinigung anwesend

Herr Paul stellte den Anwesenden das Flurbereinigungsverfahren in Plankstadt vor. Er stellte vor, was Anlass die Gemarkungsgrenzanpassung mit Oftersheim und Eppelheim sei. Als Vorteile des Verfahrens nannte Herr Paul u.a. die Erschließung aller Flurstücke, die Biotopvernetzung und die saubere Neuvermessung aller Grundstücke. Frau Veit erläuterte, dass der östliche Bereich mit Eppelheim und der südliche Bereich mit Oftersheim von der Gemarkungsgrenzänderung betroffen sei. Es gebe nun eine klare Orientierung der Gemarkungsgrenzen an Straßen und zweckmäßig geformte Grundstücke. Sie informierte weiter, dass der Beginn der Wunschanhörung für Ende 2013 vorgesehen sei.

GR Horst Kolb (PL) sagte, das nichts für die Ewigkeit sei. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) begrüßte die Neuordnung der Gemarkungsgrenze und der Flurstücke und gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte wie viele Teilnehmer es in dem Verfahren gäbe. Herr Paul sagte, dass es 680 Teilnehmer sind. Mende gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass die B 535 eine Furche durch die Gemarkung ziehe. Hätte man ohne sie auch eine Flurbereinigung gemacht? Herr Paul sagte, dass die Flurbereinigung unabhängig von der B 535 erfolgt sei. Hohl fragte weiter, ob das Amt für Flurbereinigung auch am Gemarkungstausch von Plankstadt mit Schwetzingen beteiligt gewesen seien, was von BGM Schmitt bejaht wurde. Hohl sagte, dass einige Dinge enthalten seien, die ihm nicht einleuchten würden und gab die Enthaltung der GLP.

Einstimmig angenommen, bei 2 Enthaltungen der GLP.

## **TOP Ö 7**

### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Nahversorgung und Wohnen in der Ortsmitte“ -Billigung der Entwürfe**

In der Gemeinderatssitzung am 04.03.2013 wurde die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und der örtliche Bauvorschriften mehrheitlich beschlossen. Die Firma INWO Projektgesellschaft Beta GmbH als Vorhabenträgerin und der für die Gemeinde als Sanierungsberater tätige Architekt Gerhardt haben daraufhin entsprechende Entwurfsunterlagen erarbeitet, um auf deren Grundlage die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach dem BauGB durchzuführen. Ziel der Planung ist die Einrichtung eines Wohn- und Geschäftshauses im hinteren Bereich der Grundstücke Schwetzingener Straße 19/21 für einen Einkaufsmarkt mit einer Verkaufsfläche von ca. 600 m<sup>2</sup> im Erdgeschoss sowie für Wohnungen in den beiden Obergeschossen. Im vorderen Grundstücksbereich sind Stellplätze für die Wohnungen, Kundenparkplätze sowie öffentliche Parkplätze geplant.

BGM Schmitt informierte, dass die SPD und die GLP-Fraktion jeweils einen Antrag auf Vertagung der TOP 7 und 8 gestellt haben.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) führte aus, dass es ein laufendes Bürgerbegehren gegen diese beiden TOPs gebe und dass diese das notwendige Quorum erreichen würden.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass einige Dinge hier noch nicht abgeschlossen seien und die Vorlagen mit heißer Nadel gestrickt erscheinen. Sowohl die Untersuchung bezüglich des Artenschutzes als auch des Schallschutzes seien noch nicht vollständig aktualisiert bzw. abgeschlossen. Auch liege noch keine Stellungnahme des Denkmalamtes vor.

BGM Schmitt erwiderte, dass die Bürgerbegehren der Verwaltung noch nicht vorliegen und damit auch nicht geprüft werden können. Da das Verfahren nun schon über eineinhalb Jahre andauere, könne man nicht von „mit heißer Nadel gestrickt“ sprechen. Es gäbe zwei Runden der Öffentlichkeitsbeteiligung, so dass genügend Raum und Zeit für alle Einwendungen bleibe. Aktuell stehe die erste Runde der Bürgerbeteiligung sowie die Anhörung der Träger öffentlicher Belange an. Dabei erfolge eine umfassende Information der Bürger/innen im Gegensatz zu der unsachlichen Fragestellung im angestrebten Bürgerbegehren. Da es heute ja gerade darum gehe, festzulegen, mit welchen Plänen die Anhörung erfolgen solle, könnten ja auch noch keine Stellungnahmen der Denkmalbehörde oder fertige Gutachten vorliegen. Ferner sei derzeit nicht klar, ob die Bürgerbegehren überhaupt erfolgreich oder zulässig seien.

GR Jutta Schuster (CDU) beantragte eine Sitzungsunterbrechung aufgrund der neuen Sachlage.

Nach 5 minütiger Unterbrechung fragte BGM Schmitt die Antragsteller, ob man über die Anträge wegen des gleichen Inhalts in Einem abstimmen könne, was die GRe Schüller und Mende für ihre Fraktionen bejahten.

GR Gerhard Waldecker (PL) beantragte Einzelabstimmung.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass die Mehrheit der CDU-Fraktion gegen den Antrag stimmen werde, da es erst jetzt ja die Öffentlichkeitsbeteiligung geben werde.

Der Antrag auf Vertagung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Bürgermeister Schmitt fragte nach, ob die Information zu den miteinander verbundenen TOP 7 und 8 gleich gemeinsam erfolgen könne, was vom Gemeinderat gebilligt wurde.

Daraufhin informierten die Herren Gerhard und Machmeier ausführlich über die geplanten Projekte.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass die Position der PL hinlänglich bekannt sei. Man könne sehr gut sehen, was geschehen solle. Die PL sei für eine Aufwertung des Ortskerns und für die dringend erforderliche Verbesserung der Nahversorgung. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) sagte, dass sich die CDU dem Vorredner anschließen könne, man aber um Einzelabstimmung bitte.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Position der SPD ebenfalls bekannt sei und man das Projekt ablehne. Man lehne „Parking & Shopping“ ab. Auch greife man in das Gelände des HKK ein, ohne vorher gefragt zu haben. Einer Entwicklung an dieser Stelle ohne eine Einbeziehung der Fassade des Adler-Gebäudes könne die SPD nicht zustimmen. In Zukunft wünsche man sich auch eine bessere Darstellung derartiger Projekte. BGM Schmitt stellte klar, dass man für den Gemeinderat extra eine 3-dimensionale Darstellung des Projektes erstellt habe, um es sich besser vorstellen zu können. Er habe den Eindruck, dass unabhängig was die Verwaltung auch gemacht hätte, Dr. Mende daran wohl etwas auszusetzen gehabt hätte.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass die Vorstellungen der GLP ebenfalls bekannt seien. Man missbillige die Entwurfsunterlagen und werde alles tun, dass die Planungen nicht realisiert werden. Man werde kämpfen. Er fragte Herrn Gerhard, wer jetzt seinen „Gehaltsscheck“ bezahle, da er ja sowohl Planer der Gemeinde sei, aber nun auch für Herrn Machmeier tätig sei und gab die Ablehnung der GLP. Herr Gerhard stellte klar, dass ein Stadtplaner immer quasi Diener zweier Herren sei, da es nunmal dessen Aufgabe sei, die Interessen von Investoren oder Bauherren mit den Interessen der Gemeinde in Übereinklang zu bringen. Dies sei unabhängig davon, in wessen Auftrag eine Planung erfolge.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) sprach das artenschutzrechtliche Gutachten an und fragte, ob ein eventuell zu erfolgender Ausgleich auch auf der betreffenden Fläche stattfinden werde? Herr Gerhard sagte, dass man für das Adler -Areal keine zusätzliche Fläche für Grünmaßnahmen brauche und die Untersuchung für das Vorhaben in der Jahnstraße noch nicht abgeschlossen seien.

Antrag der SPD und GLP auf Vertagung der TOP 7 und 8:

Mehrheitlich abgelehnt bei 11 Nein-Stimmen von PL, GRe Weis, Helmling, Berger, Wolf und BGM, bei 5 Ja-Stimmen von SPD und GLP und 2 Enthaltungen von GRe Schuster und Schleich.

Beschlussvorschlag:

Mehrheitlich angenommen mit 11 Ja-Stimmen von PL, GRe Weis, Helmling, Berger, Wolf und BGM, bei 5 Nein-Stimmen von SPD und GLP und 2 Enthaltungen von GRe Schuster und Schleich.

## **TOP Ö 8**

### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Einzelhandelsstandort Jahnstraße“ -Billigung der Entwürfe**

In der Gemeinderatssitzung am 04.03.2013 wurde die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Einzelhandelsstandort“ Jahnstraße mehrheitlich beschlossen. Dieses Vorhaben ist verknüpft mit dem Vorhaben „Nahversorgung und Wohnen in der Ortsmitte“. Die detaillierten Entwurfsunterlagen vom Vorhabenträger INWO Projektgesellschaft Beta GmbH und dem Architekt Gerhardt dienen als Grundlage für die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach dem BauGB. Ziel der Planung ist die Errichtung eines Einkaufsmarktes mit einer Verkaufsfläche von 1.250 m<sup>2</sup> und von ca. 100 Stellplätzen in der Jahnstraße – auf einer teilfläche des gemeindeeigenen Grundstücks westlich der Mehrzweckhalle.

Siehe auch Gang der Aussprache bei TOP 7.

GR Andreas Wolf (CDU) sagte, dass man sich auch eine Baumbepflanzung entlang der Straße vorstellen könne. BGM Schmitt erläuterte, dass dies wegen der dort verlaufenden Gasleitung nicht möglich sei. Wolf fragte weiter, ob es eine Bäckerei und Metzgerei im Markt gäbe. Herr Machmeier sagte, dass der Bäcker in der Vorkassenzzone und im Markt die Metzgerei geplant sei.

Mehrheitlich angenommen mit 10 Ja-Stimmen von PL, GRe Helmling, Berger, Wolf und BGM, bei 5 Nein-Stimmen von SPD und GLP und 3 Enthaltungen von GRe Weis, Schuster und Schleich.

#### **TOP Ö 4**

##### **Fortschreibung der Bedarfsplanung der Kinderbetreuung in Plankstadt**

Die umfassende Bedarfsplanung der Tageseinrichtungen für Kinder ist als Rahmenplanung durch die Verwaltung fortzuschreiben. Die Kapazität der Kindergärten für die Betreuung der 3 bis 6-jährigen Kinder ist mittlerweile voll ausgelastet und die Neueinrichtung einer Gruppe vorerst in Form einer Bedarfsgruppe erscheint erforderlich. Im Bereich der Kleinkindbetreuung zeigt sich vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz ab dem 1. August 2013 ebenfalls ein Bedarf zur Neueinrichtung von zwei weiteren Gruppen.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass man auch für den Augenblick aufgestellt sein müsse. Man habe hier Handlungsbedarf und einen gestiegenen Betreuungsbedarf vor allem durch die gute Annahme der Neubaugebiete. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) dankte der Verwaltung für die Aufstellung des Plans. Die CDU habe bereits den HH-Antrag auf Überprüfung des Bedarfs von 1-2 Krippengruppen gestellt. Nun müsse man weitere Schritte einleiten, um bis zur Sommerpause handeln zu können. Es gebe seitens der CDU auch die Idee eines Kinderhauses an der Humboldtschule. Der Trend gehe eindeutig zur Tagesbetreuung. Sie regte an, ein Anforderungsprofil für Tagesmütter im GMB zu veröffentlichen und gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass die Bedarfsplanung nachvollziehbar und ausführlich sei. Man gehe seitens der SPD von den gleichen Annahmen und Erfordernissen wie die Verwaltung aus. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass sich der Gemeinderat immer wieder nach der Situation in Plankstadt erkundigt habe und man nicht überrascht von den Ergebnissen sei. Sie forderte den Bedarfsplan im Februar 2014 fortzuschreiben und gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

#### **TOP Ö 5**

##### **Einrichtungsübergreifende Geschwisterkinderermäßigung**

Bislang gab es eine Geschwisterkinderermäßigung nur für Kinder in der gleichen Einrichtungsform. Künftig sollen aber auch Familien entlastet werden, die Kinder sowohl im Kindergarten als auch in der Kinderkrippe haben. Es soll eine Ermäßigung von 50 € monatlich geben. Ebenfalls soll es bei mehreren Kindern in der Kinderkrippe für das zweite und jede weitere Kind eine monatliche Ermäßigung von 50 € geben. Die bisherige Geschwisterkinderermäßigung einrichtungsintern bleibt unberührt.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) bedauerte, dass sich der Gemeinderat leider bisher nicht für das Württembergische Modell der Gebührenerhebung begeistern konnte, welches für Familien eine Entlastung bedeuten könne. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Modell sei aber ein guter Kompromiss, da Familien so eine Entlastung erfahren würden. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP und erinnerte, dass bei geringem Einkommen die Gebühren durch das Jugendamt getragen werden.  
Einstimmig angenommen.

## **TOP Ö 6**

### **Feuerwehrbedarfsplan**

Der Feuerwehrbedarfsplan wird im Falle einer Beschaffung sinnvoll, da dieser Plan im Wesentlichen Angaben für die Beschreibung der feuerwehrtechnisch relevanten Verhältnisse macht und Grundlage für die Aufstellung und Ausrüstung einer für einen geordneten Lösch- und Rettungseinsatz erforderlichen leistungsfähigen Feuerwehr bildet. Die Fahrzeugkonzeption dient auch der mittelfristigen Finanzplanung, da die in den nächsten Jahren anstehenden Investitionen durch sie besser planbar werden und als Orientierung für Zuschussanträge an das Land dienen.

GR Silke Layer (PL) sprach der FFW Plankstadt Respekt und Anerkennung für ihren Einsatz aus. Sie sagte, dass der Plan ein sinnvolles Instrument zum Planen des Bedarfs der FFW sei und gab die Zustimmung der PL.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) fragte nach der tatsächlichen Fälligkeit der Anschaffung des Mannschaftstransportwagens. BGM Schmitt sagte, dass erst nach einer Zuschusszusage die Beschaffung auch beschlossen werden könne. Helmling bestätigte BGM Schmitt, der sagte, dass die FFW Plankstadt nur fordere, was sie auch wirklich brauche und gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) schloss sich mit der Aussage an, dass die FFW Plankstadt sehr zurückhaltend in ihren Forderungen sei und gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass der Gemeinderat sich auf die FFW verlassen könne. Er fragte, ob der BGM zu den Führungskräften mit Einsatzfunktion zähle, was dieser verneinte. Hohl fragte, ob es auch Rettungsfahrzeuge gebe? BGM Schmitt sagte, dass dies durch das DRK übernommen wird. Hohl erkundigte sich nach den Kosten für den MTW, die Bürgermeister Schmitt mit rund 30.000 € benannte. Hohl sagte, dass die Werksfeuerwehr der Corden Pharma nicht erwähnt sei und fragte, ob das damit zusammen hänge, dass diese vielleicht zumachen würde. BGM Schmitt ermahnte Hohl, am Ratstisch keine Unterstellungen zu verbreiten. Er habe einen engen Kontakt zum Geschäftsführer und kann von daher klarstellen, dass die Corden Pharma nicht zu macht und forderte GR Hohl auf, er solle hier keine falschen Gerüchte verbreiten.

Einstimmig angenommen.

## **TOP Ö 9**

### **Bauantrag zur Errichtung eines Wohnhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Flst.Nr. 196/1, Stefaniestr. 27**

Nach Abbruch des Gebäudebestandes auf dem Grundstück in der Stefaniestraße 27 soll dort entlang der Gehweghinterkante ein nicht unterkellertes Dreifamilienwohnhaus mit beidseitiger Grenzbebauung errichtet werden. Das Grundstück liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ohne Bebauungsplan, so dass sich das Vorhaben nach seinem Einfügen in die Umgebungsbebauung beurteilt.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.